



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bettina M. Wiesmann MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die Mitglieder der CDU Frankfurt
im Wahlkreis 183

Berlin, 24.03.2020

Zwischenbilanz Corona

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter und Unterstützer im WK 183,

bereits seit zwei Wochen leben die Menschen in unserem Land mit den durch die Bundesregierung und die Regierungen der Länder ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die im letzten Winter im chinesischen Wuhan ausgebrochen ist und seither auch Europa massiv erreicht hat.

Die Sitzungswoche, die aktuell stattfindet, führt erneut vor Augen, wie ernst die Lage ist. Das Problem zu benennen, reicht nicht aus, es muss rasch und wirksam gehandelt werden. Populisten machen eine klägliche Figur; es ist die breite gesellschaftliche Mitte, aus der heraus Impulse zur Bewältigung der Krise kommen, die diszipliniert den Regelungen folgt und, in den systemrelevanten Funktionen, unseren Alltag und unsere Versorgung sichert. Großen Dank und Respekt an alle, die dazu beitragen und oft besondere persönliche Risiken in Kauf nehmen!

Regierung und Bundestag sind handlungsfähig und steuern zusammen mit Bundesländern und Kommunen mit Geschick und Verantwortungsbewusstsein diese außergewöhnliche Herausforderung unserer gesamten Gesellschaft. Umfassende Schutzpakete werden entwickelt und in Windeseile geschnürt - unter Einbeziehung der wichtigen Hinweise von Verbänden und Betroffenenorganisationen. Das ist Demokratie at its best! Unser Land ist eine starke freiheitliche Demokratie, und wir können uns auf die damit verbundene Sicherheit verlassen. Trotzdem ist jedes Opfer dieser verheerenden Epidemie sehr zu beklagen, und es schmerzt schon jetzt, dass



nicht alles verhindert werden kann und persönliche wie wirtschaftliche Nöte unabwendbar sein werden.

Jenseits der Krisenbewältigung zeichnen sich m.E. folgende Erkenntnisse für die Zukunft ab:

1. Die Digitalisierung muss endlich beschleunigt werden. Schulen müssen Schulclouds und jeweils eine eigene, sichere Plattform sowie Zugang zu geprüften Lern- und Unterrichtsprogrammen erhalten. Alle Eltern müssen per Mail erreichbar sein, von der ersten Schulwoche an. Lehrer müssen in digitale Kommunikationsformen eingewiesen sein und binnen 48 Stunden vorübergehend präsenzfrei unterrichten können, das kann auch im Krankheitsfall von Lehrern wie Schülern eine Hilfe sein. Sollte die Ausstattung im heimischen Umfeld nicht bei allen Schülern gegeben sein, sollte eine spezifische Unterstützung erfolgen. Genauso muss im Management von Firmen und der Verwaltung das Umschalten auf den Online-Modus eine selbstverständliche Übung sein - mit allen infrastrukturellen Voraussetzungen, die dies erfordert!

2. Ein verbesserter Jugendmedienschutz muss schnellstens wirksam werden. Kinder und Jugendliche sind nicht nur aktuell durch die Einschränkungen der physischen Bewegungsfreiheit, sondern werden auch in Zukunft mehr online unterwegs sein. Umso notwendiger ist es, dass sie sich geschützt im Netz bewegen können. Die Risiken sind bekannt, jetzt müssen endlich die Regeln greifen: Keine Belästigung, Beleidigung, Anmache in Social Media, keine Abzocke und Suchtverführung bei Onlinespielen, durchgreifender Schutz auch gegenüber ausländischen Anbietern. Bund, Länder und Kreativwirtschaft sollten sich schnellstmöglich einig werden. Parallel zum notwendigen Ausbau der digitalen Schulinfrastruktur muss - idealerweise auf Ebene der Kultusministerkonferenz - eine kohärente Strategie „Bildung zur Medienmündigkeit“ eingeführt werden, die alle Schulstufen und Schulformen umfasst sowie auch die Eltern einbezieht.

3. Die technische und ökonomische Infrastruktur muss ins Zentrum unserer Zukunftsvorsorge rücken - vom physischen Verkehr für Personen, Waren und Dienstleistungen bis zur Versorgung mit Energie und Informationen. Nach etlichen Maßnahmen in Teilbereichen, mit denen Planungshürden in unserem föderalen und bürgernahen System zu beseitigt werden sollen, brauchen wir nun einen echten Strategiewechsel, der die Leistungs- und



Entwicklungsfähigkeit unserer Infrastruktur fürs 21. Jahrhundert sichert. Bei diesem Strategiewechsel darf auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern von einer ehrlichen Überprüfung nicht ausgenommen werden.

4. Unsere Krisenvorsorge muss verbessert werden. Pandemiepläne müssen ernster genommen und ihre Umsetzung regelmäßig überprüft werden. Kritische Ausstattungen, z.B. Schutzanzüge, Masken und Brillen, müssen für den Ernstfall, wie wir ihn jetzt kennen, vorgehalten werden. Die Produktion wichtiger medizinischer Güter darf nicht komplett aus der EU ausgelagert werden. Wir brauchen eine gemeinschaftliche Vorsorgestrategie mit unseren europäischen Freunden. Dann können wir einander im Ernstfall auch besser helfen.

3 5. Unsere Datenschutzstandards und entsprechenden Erwartungen müssen auf den Prüfstand. Corona ist in den Ländern Südostasiens weit schneller unter Kontrolle gebracht worden, weil umfassende Test- und Trackingverfahren die rasche und konsequente Isolation von Infizierten erlauben. Wir brauchen differenzierte Regeln für den Normal- und für Notfälle und dann entsprechend leistungsfähige Systeme. Und wir brauchen eine ernsthafte gesellschaftliche Debatte, was uns die uneingeschränkte persönliche Freiheit gegenüber den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts wert ist. Dazu gehört auch das Eingeständnis, dass fast alle Internetnutzer freiwillig oder unwissend laufend ihre persönlichen Daten privaten Seitenbetreibern zur Verfügung stellen. Aufklärung und Schutzmechanismen zur persönlichen Kontrolle werden gleichermaßen benötigt.

6. Familien müssen in ihren Bedürfnissen und ihrer Zuwendungskraft ernster genommen und bestärkt werden. Familien sind der innerste Kern unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie leisten Enormes, in normalen und insbesondere in Krisenzeiten: bei der Versorgung Älterer, Kranker und Alleinlebender, bei der Unterstützung von Kindern und Heranwachsenden. Wir müssen uns noch besser dafür rüsten, einander beizustehen, wenn das ausdifferenzierte Betreuungs- und Unterstützungssystem einmal nicht zur Verfügung steht - innerhalb der Familien, aber auch in der Nachbarschaft, im Viertel und unter Kollegen. Zeit für Familie, gesellschaftliche Wertschätzung für das, was Groß und Klein miteinander leisten, ist wichtig, aber zugleich die Erkenntnis, dass es UNSERE Kinder, nicht die der Gesellschaft sind, für die WIR die Letztverantwortung haben. Den gesamten Zusammenhang familiärer Solidarität sollten wir wieder stärker in den Blick nehmen.



Kommen Sie wohlbehalten durch diese Zeit! Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, zögern Sie nicht mich anzusprechen.

Ich bin mir sicher, auch in dieser Krise liegen Chancen. Wir werden anders dastehen, wenn wir sie überwunden haben, und auf die Zukunft besser vorbereitet, aber auch für das Geschenk des Lebens in der offenen Gesellschaft dankbarer sein.

Ihre / Eure

4

Bettina M. Wiesmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 79552
Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro
Kurt-Schumacher-Straße 30-32
60313 Frankfurt am Main

bettina.wiesmann@bundestag.de
www.bmwiesmann.de